

## Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt  
Darmstadt



|                                                                                          |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |                                                                        |
|------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------|
| Eingang Magistrats-<br>geschäftsstelle:<br>04.07.2024                                    | an den Magistrat<br><input type="checkbox"/> zur Kenntnis<br><input checked="" type="checkbox"/> zur Beschlussfassung                                                                                                                                                                                                                                                                                | Beteiligt vor<br>Magistratsbeschlussfassung:                           |
| Dezernat I                                                                               | an die Stadtverordnetenversammlung<br><input type="checkbox"/> OBW zur Befassung<br><input checked="" type="checkbox"/> zur Kenntnis<br><input type="checkbox"/> zur Beschlussfassung<br><input type="checkbox"/> zur abschließenden Beschluss-<br>fassung Fachausschuss<br><br><b>Behandlung in</b> Ja Nein<br><b>öffentl. Sitzung</b> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> OBW bei abschl.<br>Beschlussfassung Magistrat |
| Verteiler:                                                                               | Ja Nein<br><b>Internetfähig</b> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | <b>Vorlage-Nr. 2024/0088</b><br><br>Magistratsbeschluss-Nr.            |
| <b>Produkt-Nr.:</b><br><b>Kostenstelle:</b> 531-002-1000<br><b>Kostenträger:</b> 1114-21 |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |                                                                        |
| <b>Investitionsnummer:</b><br><b>Sachkonto:</b>                                          |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |                                                                        |

**Betreff: Neueinrichtung der Stelle einer/eines Beauftragten der Wissenschaftsstadt Darmstadt für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus**

**Vorlage vom: 27.06.2024**

### Beschlussvorschlag:

1. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt richtet die Stelle einer/s Beauftragten/r für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus (im Folgenden: Antisemitismusbeauftragter) ein. Die Hauptaufgabe besteht darin, nachhaltige kommunale Maßnahmen und Strategien zur Förderung jüdischen Lebens in Darmstadt und zum Kampf gegen Antisemitismus in all seinen Ausdrucksformen zu entwickeln, umzusetzen, fachlich zu begleiten und weiterzuentwickeln. Der Antisemitismusbeauftragte arbeitet ämterübergreifend und in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Jüdischen Gemeinde Darmstadt und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen. Um ein koordiniertes Vorgehen zu erreichen, wird ein enger Austausch mit dem Beauftragten der Hessischen Landesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus angestrebt.

2. Förderung des jüdischen Lebens in Darmstadt: Jüdisches Leben gehört untrennbar zur Wissenschaftsstadt Darmstadt. Dies gilt es zu fördern und zu schützen. Wir fördern ein aktives Gemeindeleben und möchten uns für die Sichtbarmachung und Begegnung einsetzen. Heute haben wir in Darmstadt eine Jüdische Gemeinde mit rund 600 Mitgliedern, die für ein lebendiges Judentum in unserer Stadt steht. Selbstverständlich erinnern wir uns gerade in Darmstadt an die jüdischen Menschen, die im Zuge der Shoah ermordet oder vertrieben wurden und den damit einhergehenden kulturellen Verlust, den die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung des Jüdischen Lebens auch für unsere Stadt bedeutete. Die Geschichte unserer Stadt und unserer Kultur wurde und wird durch die jüdischen Wurzeln geprägt und dies soll auch im Alltag wieder viel stärker ins Bewusstsein gerückt werden.
3. Der Antisemitismusbeauftragte ist Ansprechpartner für alle Personen, die Opfer oder Zeugen von antisemitischen Handlungen geworden sind. Er bietet Beratung und Unterstützung an. Bei Bedarf vermittelt er auch den Kontakt zu den entsprechenden Behörden.
4. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Koordination und der Unterstützung von pädagogischer Aufklärungsarbeit und Prävention. Dabei wird der Antisemitismusbeauftragte vor allem mit staatlichen Ämtern, Trägern schulischer und außerschulischer Bildung, Institutionen und der Zivilgesellschaft im Bereich Kinder und Jugend zusammenarbeiten. So sollen Maßnahmen und Angebote zur Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften bereitgestellt werden. Nicht nur unter Einbeziehung des pädagogischen Personals an Schulen, sondern auch in Zusammenarbeit mit der Hochschule Darmstadt und der Technischen Universität im Bereich der Ausbildung sowie Multiplikatoren und Akteure der Kinder- und Jugendarbeit im Bereich der Vereinsarbeit, des Sports, der Religionsgemeinschaften, der Kunst und Kultur und der Migrant\*innenorganisationen.
5. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt wird ihre Erinnerungskultur weiterentwickeln. Unter Einbeziehung des Antisemitismusbeauftragten werden in Zusammenarbeit mit Vertretern der Fachwissenschaften und Praktikern neue Formate des Gedenkens und der Zugänge zur Erinnerung entwickelt. Diese sollen zielgruppenübergreifende Vermittlungskonzepte realisieren, die den Veränderungen der Gedenk- und Erinnerungskultur Rechnung tragen. Das Gedenken an die Opfer von Unrecht und Gewalt hat in Darmstadt einen festen Platz und wird in unserer Stadt vor allem von ehrenamtlichen Initiativen und Vereinen, Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern getragen und gestaltet. Dieses ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Engagement zeichnet die Darmstädter Stadtgesellschaft aus. Dieses Engagement soll zukünftig von der Stadt noch besser unterstützt werden, durch eine bessere Koordinierung, Vernetzung der einzelnen Akteure und der Nutzung von möglichen Synergieeffekten.

**Anlagen:**

**Datenschutzrelevante Anlage:** ☐

**Folgekosten:** ☒ Ja ☐ Nein

**Zusätzlich für alle Vorlagen aus dem Bereich des Hochbaus anzugeben:**

|                                                    |                                               |                                                    |
|----------------------------------------------------|-----------------------------------------------|----------------------------------------------------|
| <b>Klimarelevanz des Vorhabens:</b>                |                                               |                                                    |
| Auswirkungen auf Stadtklima:                       | <input type="checkbox"/> ja                   | <input type="checkbox"/> nein                      |
| Auswirkungen auf THG-Emissionen:                   | <input type="checkbox"/> gering <sup>1)</sup> | <input type="checkbox"/> mittel/groß <sup>2)</sup> |
| Beteiligung Amt f. Klimaschutz & Klimaanpassung:   | <input type="checkbox"/> ja                   | <input type="checkbox"/> nein                      |
| <i>Zusätzlich bei Beschlüssen zur Baufreigabe:</i> |                                               |                                                    |
| Wurden Optimierungspotentiale ausgeschöpft?        | <input type="checkbox"/> ja                   | <input type="checkbox"/> nein                      |
| Falls nein, Kompensationsmaßnahmen festgelegt?     | <input type="checkbox"/> ja                   | <input type="checkbox"/> nein                      |

1) bis 10 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente (CO<sub>2e</sub>) pro Jahr, 2) über 10 Tonnen CO<sub>2e</sub> pro Jahr.

|                                     |
|-------------------------------------|
| <b>Beschluss des Magistrats vom</b> |
|-------------------------------------|

### **Begründung zur Magistratsvorlage vom 27.06.2024**

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserer Stadt basiert auf einem friedlichen, respektvollen und toleranten Miteinander. Es gilt entschlossen, jeglichen Bestrebungen und Entwicklungen, die dieses gesellschaftliche Zusammenleben gefährden, mit Entschlossenheit entgegenzutreten. Dazu zählt die Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen. Ein gesamtgesellschaftliches Problem von großer Tragweite sind die antisemitischen Einstellungen und Vorfälle, die insbesondere seit dem Terror der Hamas am 7. Oktober 2023 einerseits zugenommen und andererseits offener denn je geäußert werden. Die aktuellen Zahlen von antisemitischen Vorfällen (Kriminalstatistik, Berichte von Recherche- und Meldestellen) zeichnen ein sehr düsteres Bild. Der Hass auf Juden existiert seit Jahrhunderten und selbst vor dem Hintergrund des Holocausts und den Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ist Antisemitismus heute noch gegenwärtig.

Der Antisemitismus birgt eine besondere Gefahr, da er die Juden einerseits als allmächtig und gefährlich darstellt. Andererseits werden sie als geschickt in der Tarnung ihrer bösen Absichten und der subversiven Unterwanderung und Schädigung der Gesellschaft imaginiert. Diese verschwörungstheoretischen und paranoiden Vorstellungen bildeten die Grundlage für den nationalsozialistischen Völkermord an sechs Millionen Menschen in Europa. Die Opfer wurden von den vermeintlichen "Ariern" als angebliche "Volksschädlinge" betrachtet und in industriell betriebenen Todesfabriken, unabhängig von Alter und Geschlecht, ermordet. Die antisemitische Ideologie ist auch heute in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus mehr oder weniger verbreitet. Sie ist als ein strukturelles Phänomen moderner Gesellschaften zu begreifen. Nach der jüngsten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstellen heute 16,5 Prozent der Bundesbürger jüdischen Menschen, „heute ihren Vorteil aus der Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen zu wollen“. Weitere 19 Prozent der Befragten schließen sich diesem Vorwurf teilweise an – diese ambivalenten und uneindeutigen Haltungen gegenüber antisemitischen Positionen wie auch anderen Formen von Abwertungen und Vorurteilen nehmen laut den Autoren der Studie zu.

Antisemitisches Verschwörungsdenken reicht wie wir wissen weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Durch die Szene der sogenannten Querdenker hat es während der Corona-Krise zusätzlichen Auftrieb erfahren, und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde und wird zum Anlass für neue verquere Theorien und Verschwörungsglauben genommen. In Folge des brutalen Angriffes der Hamas am 7. Oktober 2023 auf Israel, kam es weltweit zu einer massiven Zunahme von antisemitischen und israelfeindlichen Vorfällen.

Unmittelbar nach den schrecklichen Ereignissen kam es auf deutschen Straßen immer wieder zu antiisraelischen Kundgebungen, bei denen Hassgesänge auf Israel angestimmt und Sympathie für den Terror der Hamas offen zu Tage traten. Mitgefühl für die Opfer des Angriffes der Hamas, die das Leid verursacht hatten, wurde dort nicht gezeigt. Die Grenze zum Antisemitismus wird beinahe täglich überschritten, zum Teil - wie bei der Berlinale - unter öffentlichem Applaus.

Auch in Darmstadt kam es wiederholt zu antisemitischen Vorfällen, wie das Beschriften von Geschäften mit antisemitischen Parolen, das Verteilen von Aufklebern „From the river to the sea“, der Diebstahl von staatlichen Symbolen wie der Israel-Flagge oder Angriffen und Übergriffen auf Schülerinnen und Schüler im schulischen Umfeld. Dies zeigt deutlich, dass Antisemitismus auch in Darmstadt weiter existiert.

Antisemitismus schafft ein Klima der Angst für jüdische Bürgerinnen und Bürger – im Alltag, in den sozialen Medien und auch an unseren Schulen und Hochschulen. Viele fühlen sich unsicher und allein gelassen und schrecken gar vor dem offenen Tragen ihrer Glaubenssymbole aus Angst vor Übergriffen oder Anfeindungen zurück.

Dass Jüdinnen und Juden in Darmstadt in Angst leben, ist beschämend und inakzeptabel.

Deshalb wird die Stadt Darmstadt durch die Einrichtung eines/ einer Antisemitismusbeauftragten ihr Engagement für das jüdische Leben und den Kampf gegen Antisemitismus stärken. Dieser handelt in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Jüdischen Gemeinde Darmstadt und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen. Um ein koordiniertes Vorgehen zu erreichen, wird ein enger Austausch mit dem Hessischen Antisemitismusbeauftragten angestrebt.

Der Antisemitismusbeauftragte wird auch ein Beauftragter für das jüdische Leben in unserer Stadt sein. Als Stadt werden wir alles tun um jüdisches Leben zu schützen und zu unterstützen.

Darüber hinaus wird er auch Ansprechpartner für alle sein, die Opfer oder Beobachter antisemitischer Handlungen oder Gewalt sind. Er berät und begleitet Betroffene und fungiert bei Bedarf als Bindeglied zu den Behörden. Er ist auch Ansprechpartner bei antisemitischen Vorfällen, die unterhalb der Strafbarkeitsschwelle liegen, um zu vermitteln, aufzuklären, zu dokumentieren und zu sensibilisieren.

Unter Federführung des Antisemitismusbeauftragten werden neue Formate des Gedenkens und der Zugänge zur Erinnerung entwickelt. Erinnerungskultur hat in Darmstadt einen hohen Stellenwert. Erinnerung und Gedenken werden in unserer Stadt auch von vielen ehrenamtlichen Initiativen, Vereinen und auch, Schulen getragen und gestaltet. Dieses ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Engagement zeichnet die Darmstädter Stadtgesellschaft aus. Dieses Engagement soll zukünftig von der Stadt noch besser unterstützt und gefördert werden, durch eine bessere Koordinierung, Vernetzung der einzelnen Akteure und der Nutzung von möglichen Synergieeffekten.

Um dem zunehmenden Antisemitismus entgegenzuwirken, ist es dringend erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, um jüdische Menschen effektiv zu schützen. Eine grundlegende Voraussetzung dafür ist die Aufklärung und kritische Auseinandersetzung mit der Ideologie des Antisemitismus.

Die Position des Antisemitismusbeauftragten kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten. In Zusammenarbeit mit Lehrkräften, Multiplikatoren und der Jüdischen Gemeinde in Darmstadt wird der Antisemitismusbeauftragte für die Durchführung von Schulungen im Jugendbereich verantwortlich sein, die Wissen und Handlungssicherheit zum Thema Antisemitismus und seinen aktuellen Erscheinungsformen vermitteln sollen. Der Fokus liegt hier insbesondere auf der Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt und dem damit untrennbar verbundenen israelbezogenem Antisemitismus. Das mittelfristige Ziel ist somit, Jugendliche mit dem Wissen und Kompetenzen auszustatten, die es braucht, um oftmals lange tradierte antisemitische Denkmuster durchbrechen zu können. Auf diese Weise leistet der Antisemitismusbeauftragte in Darmstadt einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie und des sozialen Zusammenhalts.

Ziel ist es, die Kooperation und die Netzwerkarbeit in Darmstadt sowie die Zusammenarbeit mit schulischen und außerschulischen Partnern zu stärken.

Durch die Einrichtung eines hauptamtlichen Antisemitismusbeauftragten wird die Stadt Darmstadt künftig eigene Maßnahmen realisieren, um den politischen Stellenwert des Kampfes gegen Judenfeindlichkeit zu stärken und jüdisches Leben in unserer Stadt noch sichtbarer zu machen.

Die Einrichtung des Antisemitismusbeauftragten erfolgt zunächst Stellenplan neutral.

Darmstadt, den 27.06.2024

Dezernat I

Hanno Benz  
Oberbürgermeister